

GZ: LE.2.3.2/0016-EU-Koord LW/2018
ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

Wien, am 26. April 2018

16/4.7

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Gegenstand: Bericht über die Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft/Fischerei) in Brüssel am 19. Februar 2018

Am 19. Februar 2018 fand die Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft/Fischerei) in Brüssel statt.

TOP 1, und 2 Annahme der Tagesordnung und die Listen der A-Punkten

Die Tagesordnung und die Listen der A-Punkte wurden ohne Einwände angenommen.

TOP 3 Mitteilung der Kommission "Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft"

- **Informationen der Kommission**
- **Gedankenaustausch**

gemeinsam behandelt mit

TOP Sonstiges 6

a) Erklärung der Landwirtschaftsminister der Visegrád-Gruppe und Kroatiens zur Mitteilung der Kommission "Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft"

- **Informationen der ungarischen Delegation mit Unterstützung der tschechischen, der kroatischen, der polnischen und der slowakischen Delegation**

b) Beitrag der Kohäsionspolitik und anderer politischer Maßnahmen der EU nach dem Jahr 2020 zur ländlichen Entwicklung

- **Informationen der polnischen Delegation**

Der Rat führte einen Meinungsaustausch zur Kommissionsmitteilung rund um die zu erwartenden Vorschläge zur Gemeinsamen Agrarpolitik betreffend die Schwerpunkte Direktzahlungen, ländliche Entwicklung, Umweltschutz und Klima durch. Die Diskussion wurde an Hand von vier Fragen des Vorsitzes strukturiert, welche sich nach der effektiven Zielrichtung der Direktzahlungen, der Verbesserung der gekoppelten Stützungen, den Umweltmaßnahmen sowie der Modernisierung und Vereinfachung der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums richteten.

Zwei Punkte des Tagesordnungspunktes „Sonstiges“ wurden hier mitbehandelt. In der Erklärung der Visegrád-Gruppe sowie Kroatiens zur GAP-Mitteilung forderten die betreffenden Mitgliedstaaten eine Beibehaltung der GAP als gemeinsame EU-Politik und der 2-Säulen-Struktur, eine fairere Verteilung der Finanzmittel sowie ein effizientes Risikomanagement. Das polnische Anliegen zum Beitrag der Kohäsionspolitik und anderer politischer Maßnahmen zielte auf folgende Punkte ab: ein komplementäres Arbeiten der EU-Fonds um Doppelfinanzierungen zu vermeiden sowie das Erfordernis einer Entlohnung der vielfältigen nicht-landwirtschaftlichen Serviceleistungen der Landwirtschaft aus anderen Politikbereichen.

Kommissar Hogan verwies auf die Mitteilung zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR). Direktzahlungen würden einen essentiellen Teil der GAP darstellen und seien in Zukunft weiter beizubehalten. Die Aufteilung habe in Zukunft fairer und zielgerichteter zu erfolgen. Außerdem sei eine weitergehende Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten herbeizuführen, da alle Landwirte vor den gleichen Herausforderungen stünden. Im Sinne eines effizienteren Umweltschutzes solle in der künftigen GAP eine neue grüne Architektur etabliert werden, wobei der Kommissar für die Sorgen der Mitgliedstaaten gegenüber dieser neuen Form der Konditionalität Verständnis zeigte. Den Mitgliedstaaten solle durch mehr Subsidiarität und Flexibilität eine Anpassung an die nationalen Gegebenheiten ermöglicht werden. Mit Verweis auf den Detaillierungsgrad der Ländlichen Entwicklung und der einzelnen Programme betonte er, dass die Vereinfachung im Vordergrund stehen müsse.

Die Mitgliedstaaten betonten die Wichtigkeit der Direktzahlungen zur Einkommensstabilisierung sowie als Instrument der Risikoabsicherung. Potential, die Zahlungen künftig effizienter, zielgerichteter und fairer auszugestalten, sei vorhanden. In dieser Hinsicht sollten sie sich auf kleinere und mittlere Betriebe bzw. „echte“ landwirtschaftliche Tätigkeiten konzentrieren. Eine ausreichende Ausstattung mit Finanzmitteln sei erforderlich, um sämtlichen bestehenden und zukünftigen Herausforderungen und Leistungen Rechnung zu tragen.

Viele Mitgliedstaaten sprachen die Bedeutung gekoppelter Zahlungen zur Absicherung der Produktion in bestimmten Regionen oder Produktionssparten an. Im Hinblick auf eine mögliche Deckelung oder Degressivität von Direktzahlungen zeigten sich die Mitgliedstaaten offen, wobei sich einige ausdrücklich gegen verpflichtende Vorgaben aussprachen. Hinsichtlich der externen Konvergenz waren Positionen sehr unterschiedlich.

Betreffend die Umwelt- und Klimamaßnahmen wurde vielfach auf die von der Landwirtschaft im öffentlichen Interesse bereits erbrachten Leistungen verwiesen, die einer adäquaten Gegenleistung bedürften. Für ehrgeizigere Ziele sei ein entsprechendes Anreizsystem zu entwickeln. Vielen Delegationen war eine Ausgewogenheit zwischen Produktions- und Umweltzielen wichtig, Wettbewerbsverzerrungen seien zu vermeiden. Zur Bewältigung der besonderen Herausforderungen der ländlichen Gebiete könnten sozioökonomische und beschäftigungspolitische Maßnahmen sowie technologische Fortschritte unterstützend wirken.

Die besondere Detailliertheit der Programme zur ländlichen Entwicklung stelle die Verwaltung vor große Herausforderungen, diesen gelte es mit eindeutigen Vereinfachungen zu begegnen. Außerdem sei jedes Mehr an Komplexität zu vermeiden. Ein neues System könnte aus verpflichtenden und freiwilligen Maßnahmen bestehen, aus dem die Mitgliedstaaten mit Bezug auf regionale Besonderheiten auswählen könnten. Weitere Bereiche wie etwa die Kohäsionspolitik sollten ebenfalls herangezogen werden für Leistungen der Landwirtschaft, die allen zugutekommen.

TOP 4 Überarbeitung der Bioökonomie-Strategie der EU und die Rolle des Agrarsektors

- Gedankenaustausch

Der Gedankenaustausch fand anhand der beiden vom Vorsitz vorgelegten Fragenblöcke statt. Dabei standen die Aspekte der verbesserten Unterstützung der Entwicklung einer nachhaltigen, kreislauforientierten Bioökonomie und die Nutzung von Möglichkeiten für die Primärerzeuger ebenso im Vordergrund wie die nationalen Möglichkeiten zur besseren Integration der land- und forstwirtschaftlichen Produzenten in die Wertschöpfungskette.

Kommissar Hogan verwies auf die wichtige Rolle des Bioökonomie-Sektors in der EU, mit 22 Mio. Beschäftigten und 2 Mrd. Euro Umsatz. Dies bedeute auch Chancen für Landwirte und die ländlichen Gebiete, sofern diese besser in die Wertschöpfungskette eingebunden werden. Dafür seien jedoch eine bessere politische Kohärenz und die Nutzung von Synergien erforderlich. Kommissar Hogan kündigte die Vorlage einer überarbeiteten Bioökonomie-Strategie im zweiten Halbjahr 2018 an.

Die Mitgliedsstaaten sahen vor allem in der Innovation einen entscheidenden Faktor zur Weiterentwicklung der Bioökonomie. Diese sei daher, ebenso wie „best-practices“, zu fördern sowie zwischen Sektoren und Mitgliedsstaaten auszutauschen. Außerdem wurde die Notwendigkeit betont, vorhandene Instrumente für die Entwicklung der Bioökonomie zu nutzen, beispielsweise aus der GAP, Horizon2020 oder der „Smart-Villages“-Initiative. Unterstrichen wurde auch der Hinweis des Kommissars auf die Bedeutung von Kohärenz sowie die Nutzung von Synergien zwischen den Politikbereichen. Die GAP und die Bioökonomie-Strategie sollten gesamthaft betrachtet werden. Einige Mitgliedstaaten ersuchten die Kommission um Unterstützung der „Bio-East“-Initiative, deren Ziel es sei mehr Innovation im Bereich der Bioökonomie zu generieren. Außerdem würde die Verbesserung der Informationspolitik für Konsumenten gefordert.

Der Vorsitz wollte die Zusammenfassung der Diskussion an die Kommissare Moedas und Hogan, sowie den Vorsitzenden des Rates Wettbewerbsfähigkeit übermitteln.

TOP 5 EU-Eiweißplan

- Informationen der Kommission

Der Vorsitz verwies einleitend auf das Defizit der Europäischen Union beim Eiweißpflanzenanbau und die daraus resultierende hohe Importabhängigkeit bei Eiweißfuttermitteln, deren Großteil gentechnisch verändert sei. Die Nachfrage nach GVO-freien Eiweißfuttermitteln sei hingegen steigend in Europa. Der Vorsitz verwies auch auf die von vielen Mitgliedstaaten unterzeichnete Europa Soja-Erklärung, die darauf abziele dem Versorgungsdefizit der EU bei Soja entgegenzuwirken.

Auch Kommissar Hogan brachte das bestehende Eiweißdefizit sowie den aktuellen Bedarf von etwa 45 Mio. Tonnen Rohprotein in der EU, welcher zu 1/3 durch Soja abgedeckt werde, zur Sprache. Für diesen Soja-Anteil liege der Selbstversorgungsgrad in der EU bei nur 5 %. Dies sei auf diverse benachteiligende Faktoren in der EU zurückzuführen, wie Produktionsbedingungen oder Rentabilität und nicht zuletzt stünden einer Ausweitung der Produktion auch WTO-Verpflichtungen aus dem Blair-House-Abkommen entgegen, welches die Höhe der spezifischen Unterstützung für die Ölsaatenproduktion begrenze.

Positiv anzumerken sei, dass die Eiweißproduktion auf europäischer Ebene im Rahmen von bestehenden GAP Maßnahmen forciert wurde, was zu einer mehr als Verdoppelung der Produktion von Soja und Hülsenfrüchten habe sich seit 2013 geführt habe. Die Kommission sei sich der ökologischen Problematik von importiertem Soja bewusst und werde daher einen Aktionsplan ausarbeiten, der sich auf die verschiedenen Nutzungsarten beziehen soll, nämlich auf Futtermittel, den menschlichen Verzehr und die Bioökonomie von Pflanzenproteinen. Innerhalb dieses breiten Rahmens liege der Fokus auf den Bereichen: Forschung und Innovation, agronomische Herausforderungen und positive Umweltkriterien, Entwicklung von Versorgungs- und Wertschöpfungsketten sowie Marktpotential.

Die Kommission erhebe derzeit Informationen zum Sachstand mittels einer bis zum 23. März laufenden Online-Stakeholder-Befragung. Geplant seien außerdem vier thematische Workshops, bilaterale Treffen mit den Mitgliedstaaten und eine externe Marktstudie. Der Plan werde bis Ende 2018 als Kommissionsbericht veröffentlicht und von einer hochrangigen EU-Konferenz im letzten Quartal des Jahres begleitet werden.

Die Mitgliedstaaten begrüßten die beabsichtigte Erarbeitung eines EU-Eiweißplans. Einige Delegationen brachten in diesem Zusammenhang die Sprache auf die Problematik der entwaldungsfreien Lieferketten und unterstützten das Vorhaben der Kommission, einen Aktionsplan gegen Abholzung vorzubereiten. Andere Mitgliedstaaten, darunter Österreich, verwiesen auf die laufenden MERCOSUR-Verhandlungen und warnten vor zu großen Zugeständnissen bei Ethanol, da dies die Biotreibstoffproduktion sowie die Eiweißversorgung in der EU unter Druck setze. Österreich knüpfte an die Ausführungen Kommissar Hogans zur Konferenz zum Eiweißplan an und informierte die Mitgliedstaaten über deren gemeinsame Ausrichtung mit der Kommission in der zweiten Hälfte 2018 in Österreich.

TOP Sonstiges

6 c) Task Force für das ländliche Afrika - Informationen der Kommission

Kommissar Hogan betonte die Notwendigkeit eines engen politischen Dialogs mit der Afrikanischen Union in landwirtschaftlichen Fragen; auch der jüngste AU-EU Gipfel kam zu diesem Ergebnis. Die in Zusammenarbeit mit der DG DEVCO einzurichtende „Task Force for Rural Africa“, werde bis Anfang 2019 einen Bericht zu diesem Thema vorlegen. Die Mitgliedsstaaten begrüßten Initiative sowie Task Force und betonten, dass junge Menschen in der Landwirtschaft Arbeit finden müssten – auch um der Migration entgegenzuwirken. Einzelne Mitgliedstaaten verwiesen auf Konferenzen zu diesem Thema, sowie Hilfsprogramme der einzelnen Mitgliedsstaaten zur Unterstützung ländlicher Gebiete in Afrika.

Ich stelle sohin den

A n t r a g,

die Bundesregierung wolle den vorliegenden Bericht zur Kenntnis nehmen.

Die Bundesministerin:
Köstinger